

Vorlage Nr. V/ 30/2024
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Einstellung des Deponiebeirates „Grauer Wall“

A Problem

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 03.12.2015 die Einrichtung eines Deponiebeirates beschlossen (AT 112/2015). Der Deponiebeirat „Grauer Wall“ konstituierte sich im November 2016. Der Beirat soll als Austausch- und Informationsgremium dienen und hat die Aufgabe, die Maßnahmen des Konzepts zum künftigen Betrieb der Deponie „Grauer Wall“ zu beaufsichtigen, mit dem Ziel eine transparente Informations- und Diskussionsplattform zu schaffen und auch aufrecht zu erhalten sowie einen vertrauensvollen Umgang miteinander zu fördern.

Dem Beirat gehören der Deponiebetreiber, Vertreter:innen der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, das Umweltschutzamt, die Bürgerinitiative „Keine Erweiterung Grauer Wall e. V.“ (BIKEG), die IHK, die Berufsfeuerwehr, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in Fraktionsstärke, Bürger:innen aus dem Stadtteil Lehe und Leherheide und dem Magistratsmitglied, in dessen Geschäftsbereich die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der BEG fällt, an.

In den vergangenen 7 Jahren haben insgesamt 9 Sitzungen des Deponiebeirates unter der Leitung verschiedener externer Moderator:innen stattgefunden. Die letzte Moderation, übernommen von Frau Heidhues, hat nach der letzten Sitzung aufgrund unüberbrückbarer Differenzen innerhalb des Deponiebeirates ihre Arbeit niedergelegt. Zu weit liegen die Forderungen der Bürgerinitiative (BIKEG) und das damit verbundene Misstrauen und die Möglichkeit des Deponiebeirates als reines Austausch- und Informationsgremium auseinander. Durch das Fehlen konstruktiv miteinander zu wirken, wurde das Ziel, eine Diskussionsplattform zu schaffen und wichtiger noch, einen vertrauensvollen Umgang zu fördern, leider insgesamt verfehlt.

B Lösung

Wie den Protokollen der insgesamt 9 Sitzungen zu entnehmen ist, konnten keine Rechtsverstöße festgestellt werden. Überschreitungen von Grenzwerten wurden untersucht und konnten plausibel erklärt werden. Ein behördliches Handeln wurde nicht notwendig. Trotz dieser Feststellungen konnten über die Jahre die Bedenken und das Misstrauen der BIKEG gegenüber dem Deponiebetreiber und den Behörden nicht ausgeräumt werden.

Da das Ziel einer konstruktiven Diskussionsplattform zu schaffen und einen vertrauensvollen Umgang zu fördern, nicht erreicht werden konnte und es auch nicht absehbar erscheint, dass dies bei Fortführung des Beirates erreicht werden könnte, wird empfohlen, die Arbeit des Deponiebeirates mit sofortiger Wirkung einzustellen. Hierfür wird die Geschäftsordnung zum Deponiebeirat „Grauer Wall“ Bremerhaven aufgehoben.

Die Stadtverordnetenversammlung wird um einen gleichlautenden Beschluss gebeten.

C Alternativen

Der Empfehlung wird nicht zugestimmt und der Deponiebeirat besteht weiterhin. Für diesen Fall muss eine neue externe Moderation gewonnen werden, die die Leitung der Sitzung übernimmt und für einen konstruktiven sachorientierten Austausch innerhalb der Beiratssitzung sorgt.

D Finanzielle/Personalwirtschaftliche/Klimaschutzrechtliche

Auswirkungen/Genderprüfung

Mit der Einstellung des Deponiebeirats werden Kosten für eine externe Moderation des Beirates in Höhe von mindestens 6.000 €/a aus Haushaltsmitteln eingespart.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Relevanz in Sachen Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutzziele, Betroffenheit ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger oder Belange des Sports.

E Beteiligungen/Abstimmung

Die zuletzt bestellten Mitglieder des Deponiebeirats „Grauer Wall“ werden zeitnah über die Vorlage informiert.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet. / Es besteht eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt, die Einstellung des Deponiebeirates „Grauer Wall“ mit sofortiger Wirkung sowie die Aufhebung der Geschäftsordnung zum Deponiebeirat und spricht sich für einen gleichlautenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus.

A. Toense
Stadträtin